

V0832/23

Die Aufgabe als „Insoweit erfahrene Fachkraft der Erziehungs- und Familienberatung der kirchlichen Werke„
(Referent: Herr Fischer)

Antrag:

1. Für die Übernahme der Aufgabe als „Insoweit erfahrene Fachkraft“ gemäß § 8a Abs. 4 SGB VIII, § 8b Abs. 1 SGB VIII, § 4 KKG wird ab 01.01.2024 eine zusätzliche Stelle im Umfang von 0,5 VZÄ (EG 13 Diplom Psychologe/-in oder vergleichbare Qualifikation) bei der gemeinsamen Erziehungs- und Familienberatung Ingolstadt der kirchlichen Werke (Caritas und Diakonie) bewilligt.
2. Die Stadt Ingolstadt trägt hierfür die notwendigen Personal-, Sach- und Overheadkosten.

Isfried Fischer
Berufsmäßiger Stadtrat

Jugendhilfeausschuss	09.11.2023	Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit	29.11.2023	Entscheidung

Jugendhilfeausschuss vom 09.11.2023

Herr Fischer erklärt, dass in der Vorlage aufgezeigt werde, dass es vom örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe eine zu erbringende und verpflichtende Aufgabe sei, dass insoweit erfahrene Fachkräfte bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung zur Verfügung stehen und alle Personen, die im Bereich der Jugendhilfe und Kitas tätig sind oder beruflich in Kontakt mit Kindern und Jugendlichen stehen, beraten können. Er betont die Entwicklung der Fallzahlen in den letzten Jahren, wie es im Kurzvortrag abgebildet sei. Bei der Erziehungsberatung der kirchlichen Werke von 44 Fällen in 2021, auf 73 in 2022 und zum Halbjahr 2023 auf 45, mit prognostizierten 90 Fällen für das gesamte Jahr 2023. Herr Fischer stellt fest, um dem gesetzlichen Auftrag gerecht zu werden, benötige man weitere Kapazitäten in dem Bereich der insoweit erfahrenen Fachkraft. Es werde auch für sehr sinnvoll gehalten, dass dies an einer möglichst neutralen Stelle angeboten werde. Herr Fischer ist der Meinung, dass es relativ wenig Sinn mache, wenn innerhalb eines Trägers, die Beratung durch eine Kollegin oder Kollegen stattfindet, die Beratung müsse durch eine möglichst neutrale Person erfolgen, die bisher mit der Fallbearbeitung überhaupt nichts zu tun habe. Er plädiert dafür, dass dies nicht mit dem eigenen Personal im Jugendamt gemacht werde, sondern in guter Tradition sozusagen über die Erziehungsberatung der Kirchlichen Werke.

Frau Stadträtin Segerer bedankt sich für die Vorlage. Sie erinnert an den letzten Jugendhilfeausschuss, wo auf Veranlassung von Frau Bürgermeisterin Kleine auch über das Verhalten der Kinder in den Kitas berichtet wurde. Frau Foidl erwähnte dabei die Zunahme von Fällen der Kindeswohlgefährdung. Die aktuelle Zahl spreche wieder einmal für sich. Sie stellt fest, dass Wohl und Schutz der Kinder einfach nicht verhandelbar seien. Des Weiteren weist sie darauf hin, dass man in Ingolstadt auf entsprechend erfahrene und ausgebildete Fachkräfte, die diese Aufgaben schon ausgeführt haben, zurückgreifen könne. Daher sei es für sie von entscheidender Bedeutung, die erforderlichen Ressourcen bereitzustellen. Sie weist auf die volle Zustimmung Bündnis 90 die Grünen zu dieser Vorlage hin.

Herr Rehm wendet sich mit einer konkreten Frage an Herrn Fischer. Er erkundigt sich, warum nicht darauf hingewirkt werde, dass die Caritas die gesamten Kosten der Stelle übernehme da bereits die Hälfte von ihnen finanziert werde. Er argumentiert, dass die Caritas möglicherweise, in einer besseren finanziellen Lage sei als die Stadt Ingolstadt. Von dem her halte er es für ein gutes Zeichen, darauf hinzuwirken, dass die Caritas komplett übernehme.

Herr Betz kann die Prognose, die Herr Rehm in den Raum stellt, nicht bestätigen. Er führt aus, dass die Träger in intensiven Verhandlungen mit dem Amt für Jugend und Familie stünden, was den Eigenanteil angehe. Wenn die Träger die Kosten zu 100% übernehmen müssten, könne er es sich nicht vorstellen, dass diese dann übernehmen würden. Es gab auch Gespräche mit den Trägern, aus denen eindeutig hervorging, dass sie das unter dem Vorbehalt, dass die Stadt die Stelle finanziere, in Angriff nehmen, aber nicht im Sinne, dass sie das selber bezahlen würden.

Herr Stadtrat Werner äußert sich hinsichtlich, der Frage von Herrn Rehm, dass er es fragwürdig sehe, wenn städtische Aufgaben an einen freien Träger übertragen werden und dann noch von ihm verlangt werde, dass er sie selbst finanziere. Herr Stadtrat Werner führt weiter aus, dass man froh sein müsse, wenn man so qualifizierte Institutionen wie die Caritas und die Diakonie habe und diese für die Stadt arbeiten.

Frau Bürgermeisterin Kleine stimmt Herrn Stadtrat Werner zu und übergibt Herrn Müller das Wort.

Herr Müller möchte seinem Vorredner noch ein wenig mehr Kenntnis mitgeben. Er führt aus, dass erstens die Erziehungsberatung von zwei Wohlfahrtsverbänden getragen werde, nämlich der Caritas und der Diakonie, es sei ein gemeinsames Unternehmen. Zum Zweiten sei es eine staatliche Aufgabe, die von ihnen so wahrgenommen werde. Die ISEF sei vorgelagert, d. h. außerhalb der Behörde aber eine hoheitliche Aufgabe, die wahrgenommen werde. Zum Dritten bezweifle er, dass die Wohlfahrtsverbände besser finanziell aufgestellt seien als die Kommunen. Viertens weist er ausdrücklich darauf hin, dass wie in der Vorlage aufgeführt, sie obwohl es eine refinanzierte Maßnahme sei, seit 2005 daran teilnehmen. Er bietet an, ein wenig Nachhilfe im Thema zu erteilen, wie sich Wohlfahrtsverbände finanzieren.

Herr Dr. Schickel findet es interessant, dass man sich wegen einer ganz großartigen Sache so intensiv unterhalte. Er kann es aus der Praxis bestätigen, dass die ISEF ganz tolle Arbeit leiste. Er regt an hier keine Debatte anzufangen über etwas, was in der Praxis wirklich ganz was Wertvolles sei.

Frau Foidl möchte gerne noch als ISEF anmerken, dass sie keine zusätzliche halbe Stelle dazu bekommen haben, sondern die ISEF bisher im Rahmen der Ressourcen, die seit vielen Jahren nicht verändert worden seien, mitgetragen haben. Jetzt werden erstmalig extra Ressourcen für die ISEF-Tätigkeit zur Verfügung gestellt.

Frau Bürgermeisterin Kleine berät sich wer insoweit betroffen sei und an Beratungen und Abstimmung nicht teilgenommen habe. Es betreffe Herrn Müller und Herrn Leitner.

Gegen eine Stimme

Entsprechend dem Antrag befürwortet